



HESSEN

LANDESJOURNAL

WAHLPRÜFSTERNE ZUR LANDTAGSWAHL 2018

## Wie geht es nach der Wahl mit der Polizei weiter?



V. l. n. r.: Jürgen Frömmrich, Wolfgang Greilich, Alexander Bauer, Nancy Faeser, Hermann Schaus, Robert Hübner, Andreas Grün

Passenderweise zwischen Finanz- und Innenministerium befindet sich das Dorint Hotel Wiesbaden, in dem am 30. 8. 2018 die traditionelle GdP-Veranstaltung „Wahlprüfsterne“ stattfand.

Wie bei den letzten Landtagswahlen auch hat die GdP Hessen alle im Landtag befindlichen Parteien zu ihren Vorstellungen vom Polizeibereich befragt. Dazu wurden alle innenpolitischen Sprecher eingeladen.

Die CDU entsandte Alexander Bauer, der Mitglied im Innenausschuss, im Rechtspolitischen Ausschuss sowie im Untersuchungsausschuss Datenschutz ist.

Mit Nancy Faeser entsandte die SPD ihre innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied des Innenausschusses des Landtags. In einer zukünftigen SPD-geführten Landesregierung soll sie Innenministerin werden.

**Bündnis 90/ Die Grünen** entsandten mit Jürgen Frömmrich einen langjährigen innenpolitischen Kenner, der ebenfalls Mitglied des Innenausschusses ist. Jürgen Frömmrich ist bekannt für seine detailliert kritischen Anfragen zu Polizeithemen.

Für die FDP nahm Wolfgang Greilich an der Podiumsdiskussion teil. Der ehe-

malige hessische FDP-Vorsitzende ist ein erfahrener innenpolitischer Sprecher und Vizepräsident des Hessischen Landtags und ebenfalls Mitglied im Innenausschuss.

**DIE LINKE** entsandte mit Hermann Schaus ihren parlamentarischen Geschäftsführer und Mitglied des Innenausschusses. Das ehemalige SPD-Mitglied ist u. a. in Teilzeit Gewerkschaftssekretär bei der Gewerkschaft ver.di.

In seiner Begrüßung erinnerte Landesvorsitzender Andreas Grün an eine schwierige Zeit in der letzten Legislaturperiode, allen voran an die Nullrunde, das Lohndiktat von 1% und die Kürzungen bei der Beihilfe. Positiv erwähnte er die dringend notwendigen Mehreinstellungen und die letzte Tarifverhandlung.

Folgende Punkte wurden von Robert Hübner in den Fokus der Diskussion gestellt:

• **Stellenstruktur der hessischen Polizei**  
Die GdP kämpft vehement für eine Verbesserung des Stellenkegels. Nur so können die dauerhaften hohen Belastungen getragen werden.

• **Beförderungs- und Hebungsmöglichkeiten**

Seit Langem fordert die GdP weitere Hebungsprogramme, um bessere Karri-

erechancen zu ermöglichen. Die drei bereitgestellten Programme reichen bei Weitem dafür nicht aus, egal ob bei Vollzugs- oder Verwaltungsbeamten oder Tarifbeschäftigten.

• **Besoldungssituation (Besoldung P)**

Die von unserer AG Besoldung vorgeschlagenen Verbesserungen speziell für den Polizeibereich stehen auf dem Prüfstand.

• **Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulagen**

Die GdP fordert die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.

• **Flächendeckender Rollout DEIG/ Taser**

Der durch die GdP initiierte Probelauf ist sehr positiv verlaufen. Die GdP fordert den verfügbaren Einsatz in allen Streifenstellen.

• **Fehlende Planbarkeit der Dienste**

Die Masse der Kolleginnen und Kollegen leidet durch viele ungeplante Einsätze und Aushilfsdienste in anderen Schichten. Ein verlässliches Planen von Aktivitäten mit der Familie ist derzeit kaum mehr möglich.

Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Robert Hübner vom Hessischen Rundfunk (z. B. Kriminalreport).

Die einzelnen Themen wurden besprochen und jeder Teilnehmer der Diskussionsrunde hatte Gelegenheit, die Einstellung der jeweiligen Partei zu formulieren. Die entscheidenden Antworten sind in der **Matrix** auf der nächsten Seite zu finden.

Andreas Grün fasste abschließend nochmals die Podiumsdiskussion zusammen und übergab den Teilnehmern der Podiumsdiskussion und dem Moderator das Buch einer Polizistenfrau „Manchmal wünschte ich, er wäre nie Polizist geworden“. Andreas Grün schloss die interessante wie emotionale Veranstaltung mit den Worten: „Es gibt eine klare Wahlempfehlung der GdP Hessen: „Wählen gehen, es geht um Deine Zukunft!“

Ausschnitte der Videoaufzeichnung zu den Wahlprüfsteinen sind auf unserem Youtube-Kanal „GDPHESSEN“ eingestellt. Schaut rein!

Markus Hüschent










Gewerkschaft  
der Polizei  
Hessen

**Zur Landtagswahl 2018 - Ergebnisse der GdP-Wahlprüfsterne**



Gewerkschaft  
der Polizei  
Hessen

<b>Thema</b>	Alexander Bauer 	Jürgen Frömmrich 	Nancy Faeser 	Wolfgang Greilich 	Hermann Schaus 
<b>Übertragung von Tarifabschlüssen auf Beamte</b>	der Spielraum für Anpassungen sei größer geworden, kein Automatismus	will sich an Tarifergebnis orientieren, es sei aber kein Automatismus	Tarfergebnis soll 1:1 übertragen werden	eine Nullrunde darf es nicht mehr geben	Tarfergebnis soll 1:1 übertragen werden
<b>Beförderungs- und Hebungsmöglichkeiten</b>	kann sich nicht vorstellen bei Grundschullehrem UND Polizei die Stellen zu heben, eventuell neue Hebungsprogramme	will mehr Beförderungsstellen zur Verfügung stellen	glaubt allein mit Hebungsprogrammen käme man nicht weiter, setzt zusätzlich auf Besoldung P	will mehr Hebungen und Beförderungen	will mehr und schnellere Beförderungen
<b>Besoldungssituation (Besoldung P)</b>	ist eher abgeneigt, man könnte das Ziel auch durch andere Maßnahmen erreichen, z.B. Zulagen	im Grundsatz vorstellbar, ist aber der Meinung es bräuchte eine Regelung des Bundes	kann sich eine Besoldung P sehr gut vorstellen, und sieht es rechtlich machbar	finder den Vorschlag der GdP zur Besoldung P gut, wäre aber nicht sofort machbar	möchte dazu eine bundeseinheitliche Regelung, keine einzelne Regelung für Hessen
<b>Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulagen</b>	das Thema "sei nicht auf der Tagesordnung" der CDU	hält die Polizeizulage für nicht ruhegehaltstfähig	soll wieder ruhegehaltstfähig werden	soll wieder ruhegehaltstfähig werden	soll wieder ruhegehaltstfähig werden
<b>Flächendeckender Rollout DEIG/Taser</b>	will schrittweise ausrollen nach Schulung	gutes Einsatzmittel, aber nicht für jeden Streifenbeamten, nur bei speziellen Einheiten	ist für die Einführung im Einzeldienst	flächendeckend in jeden Streifenwagen	wollen unter der aktuellen Regelung wie in den Probelauf die Einführung (flächendeckend, aber nicht in jedem Streifenwagen)
<b>Ist das Personal ausreichend?</b>	der Haushalt soll ausgeglichen sein, Polizeistärke soll ausgebaut werden	durch die Mehrreilung sei die Polizei gut aufgestellt	mehr Personal, 1 zusätzlicher Streifenwagen pro Schicht	will schauen was die Steuern ergeben	fürchtet bei zu hohen Einstellungszahlen um Ausbildungsqualität
<b>Kennzeichnungspflicht</b>	die Einführung war ein politischer Kompromiss, in einer Koalition mit den Grünen bliebe die Kennzeichnungspflicht	will die Kennzeichnungspflicht beibehalten	will die Kennzeichnungspflicht abschaffen	will die Kennzeichnungspflicht abschaffen	will die Kennzeichnungspflicht beibehalten



WAHLPRÜFSTERNE

# Stichwort: Ruhegehaltsfähigkeit Polizeizulage

Die Debatte um die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage war das zentrale Thema bei den Wahlprüfsteinen der GdP Hessen. Während SPD, FDP und DIE LINKE sich uneingeschränkt für die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit einsetzen, lehnen CDU und Grüne dies ab.

1998 hat man den Polizisten in Deutschland mit einer Übergangsfrist bis 2007 durch den Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage ein einseitiges Sonderopfer abverlangt. Alle Polizeibeamten die nach 2007 in den Ruhestand gegangen sind, bekamen die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage aberkannt. Alle die davor in den Ruhestand gegangen sind, bekommen sie nach wie vor. Auch vor dem Grundsatz der Gleichbehandlung ein unhaltbarer Zustand der schnellstmöglich aufgelöst gehört.

Nach der Föderalismusreform in 2006 können die Länder nun eigenständig darüber entscheiden. Bayern und Nordrhein-Westfalen haben die Polizeizulage wieder ru-

hegehaltsfähig gestellt und damit ein Zeichen der Wertschätzung in die schwierige Arbeit der Polizei gesetzt.

In Hessen beziehen rund 7600 ehemalige Polizeibeamte Ruhegehalt. Um wieder allen Polizisten die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage zu der Pension zu zahlen, sind pro Jahr rund 6 Mio. Euro nötig.

Bei einem Haushaltsvolumen von rund 36 Milliarden Euro wäre das ein



Andreas Grün

Anteil von sage und schreibe 0,016 % des Haushaltes. Am Geld kann es also nicht liegen. Wer Wertschätzung für die Polizei in schwieriger Zeit politisch will, wer es wirklich ernst meint, kann dies, ohne mit dem Finanzminister Streit zu bekommen, politisch umsetzen.

Wir appellieren nochmals an die schwarz-grüne Koalition ihre Haltung bei der Frage der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage zu überdenken und eine Korrektur vorzunehmen. Die Kolleginnen und Kollegen der Hessischen Polizei warten auf dieses lange überfällige Zeichen aus der Politik. Auch vor dem Hintergrund, dass für die einseitige Nullrunde und das einprozentige Lohndiktat, noch immer ein adäquates hessisches Korrektiv aussteht, ist es das Gebot der Stunde, ein positives Signal in die Truppe zu senden.

**Andreas Grün, Landesvorsitzender**

Anzeige

**POLIZEI**  
**DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei

**Wir brauchen dich!**

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.  
Nähere Informationen erhältst du unter [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de).  
Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

**Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!**



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker  
Antje.Kleuker@VDPolizei.de  
[www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

## STERBEFÄLLE

**Es starben**

**Lore Finger**  
**Stephan Scherzberg**  
**Gregor-Thorsten Möckel**  
**Manfred Kern**  
Bezirksgruppe Frankfurt  
**Winfried Dirszus**  
Kreisgruppe HLKA  
**Gerhard Gebel**  
Kreisgruppe Fulda  
**Hans-Heinrich Menche**  
Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf  
**Wolfgang Züge**  
**Reinhard Teubner**  
Kreisgruppe Wetterau  
**Helmut Götz**  
Kreisgruppe Offenbach

**Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!**

**GdP im Internet**





# Polizisten – Uniformträger – Menschen

Viele Menschen haben keinen Respekt vor Polizisten, Lehrern oder anderen staatlichen Bediensteten, beispielsweise Mitarbeitern in Jobcentern, Rettungskräften oder Feuerwehrleuten.

Gewerkschaften, wie auch die GdP, beklagen seit Jahren die zunehmende Gewaltbereitschaft der Gesellschaft, denn messbare Gewalt gegen Staatsbedienstete nimmt immer stärker zu.

Was macht die Gesellschaft? Gehen wir beim Lesen dieser Zeilen oder auch bei der Berichterstattung in den Medien immer wieder zur Tagesordnung über?

Ist es der Gesellschaft gleichgültig, was mit den zunehmenden Angriffen auf Repräsentanten des Staats ausgelöst wird? Sind Angriffe auf Feuerwehrleute, Rettungskräfte und Polizisten längst Alltagssituationen, deren Berichterstattungen zu lästigen Randnotizen verkommen sind?

Wir als Gewerkschaft der Polizei werden uns nicht damit abfinden, dass dieser Zustand unkommentiert bleibt.

Immer häufiger werden unsere Kolleginnen und Kollegen bei sogenannten Alltagssituationen, wie Verkehrskontrollen oder Personenkontrollen nicht nur verbal, sondern immer häufiger körperlich attackiert. Wie kann diesem Trend oder Phänomen begegnet werden?

In der hessischen Polizei sind wir auf dem Weg, die Missstände bei Personal, Technik und Ausstattung langsam in eine richtige Richtung zu bringen. Ja, dass nutzt derzeit denjenigen nichts, die bei monatelang andauernder Sommerhitze, Urlaubszeit und dem damit verbundenen zusätzlich reduzierten Personalkörper Dienste um Dienste schieben müssen.

Die zusätzlichen Einstellungen werden erst in den Folgejahren spürbar werden. Mahnende Hinweise unsererseits, bei der Verteilung des zusätzlichen Personals peinlich darauf zu achten, dass Basisdienststellen mindestens mit zwei Dritteln der Gesamtanzahl der zusätzlich zur Verfügung stehenden Polizei-/Kriminalkommissare bedacht werden müssen, sind bis auf die ministerielle Ebene durchgeschlagen.

Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere, die sich auch in der Über-

schrift wiederfindet, ist die zunehmende Respektlosigkeit und Gewalt gegen die Polizei.

Das Schlossgrabenfest in Darmstadt zeigte im negativen Sinn leider eindrucksvoll, wie schnell und konsequent sich Gewalttäter oder ganze Menschengruppen gegenüber Polizeikräften solidarisieren und Gewalt ausüben. Immer häufiger müssen wir dabei feststellen, dass die teils vermummten Angreifer nach dem gleichen Schema vorgehen. Dabei sind Beleidigungen und das Skandieren von „A-C-A-B“ (All Cops are Bastards – alle Polizisten sind Bastarde) fast schon Alltag.

Um einen Kollegen, der unbenannt bleiben möchte, zu zitieren: Er und seine Kollegen werden auch bei einfachen Einsätzen, wie bei einer Verkehrsunfallaufnahme, immer häufiger schnell von Menschengruppen mit Freunden und Angehörigen der Beteiligten umringt und aus der Gruppe angegangen. Fast immer sei dann auch jemand dabei, der alles mit dem Handy aufnehme, um mögliche Fehler der Polizisten zu dokumentieren. Beiträge kursieren in den Netzwerken wie Facebook und Twitter, die diese Gewalt gegen die Staatsdiener auch noch heroisieren.

Kolleginnen und Kollegen werden oft als „Nazis“ beschimpft, wenn dem polizeilichen Gegenüber das Einschreiten nicht passt. Was sind die spürbaren, aber nachvollziehbaren Folgen?

Wertschätzende Fürsorge durch Dienstherren und Vorgesetzte müssen noch stärker in den Fokus gerückt werden, Lob und Dankesreden müssen auch spürbare Maßnahmen bei Tarifabschlüssen und deren zeit- und inhaltsgleiche Übertragungen auf die Beamtinnen und Beamten folgen.

Behördenleiter, die sich öffentlich vor ihre Polizeibesetzten nach deren Einschreiten stellen, sollten die Regel sein!

Ressortminister wie Justiz- und Innenminister in Hessen stellen fest: „Die Respektlosigkeiten gegen Vollzugsbeamte nehmen zu“, sagte Justizministerin Eva Kühne-Hörmann. „Eine Statistik zeigt eine Zunahme von Tötlichkeiten gegen Beamte in hessischen Gefängnissen.“

Gleichzeitig berichtet das Innenministerium von zunehmenden Tötlich-

keiten gegen Polizeibeamte. Über 3500 Angriffe machen die gefahrengeigte Tätigkeit deutlich. „Oftmals spielen da die zu bedauernde Respektlosigkeit und auch Imponiergehabe eine wichtige Rolle. Diese Angriffe können wir nicht akzeptieren, und sie lassen sich auch nicht rechtfertigen“, wird der hessische Innenminister Peter Beuth zitiert.

Kriminologen begründen dieses gesellschaftliche Phänomen mit sinkendem Respekt gegenüber dem Staat und seinen Institutionen. Neben denjenigen, die sich verbal und/oder mit den Mitteln der freien Meinungsäußerung sprichwörtlich „Luft verschaffen“, werden andere handgreiflich und schlagen zu.

Wie viel Gewalt verträgt unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft? Sind die Mittel der Prävention alle ausgeschöpft oder soll der Staat restriktiver vorgehen?

Schnell werden Rufe laut, die fordern, „dass die Randalierer festgesetzt werden sollen, bevor sie randalieren“. Selbst gesetzliche Verschärfungen werden Ausschreitungen nicht verhindern! Zwischen den Stühlen sitzen diejenigen, die den Staat schützen.

Wenn beim zurückliegenden G20-Gipfel hemmungslose Gewalt gegen die Rechtsgüter Eigentum, Leib und Leben von unbeteiligten Dritten und gegen die Polizei „ausgelebt“ wird, darüber hinaus noch weltumspannend medial berichtet wird, erscheint es immer schwieriger, den Schutz der Bürgerinnen und Bürger, den Schutz der Demokratie und den der friedlichen Demonstranten zu gewährleisten.

Das ist und bleibt aber Kernaufgabe eines demokratischen Staates, der Schutz des friedlichen Protests muss durch den Staat gewährleistet werden.

Deswegen darf das Thema Gewalt gegen diejenigen, die den Staat schützen, nicht als Randnotiz verkommen, sondern muss zentral in die Mitte der Gesellschaft getragen werden!

Darüber muss debattiert und argumentiert werden, andernfalls gefährden randalierende Verbrecher unsere Demokratie mehr, als viele vielleicht wahrhaben wollen.

**Jens Mohrherr**



## Wenn Freiheit und Sicherheit (k)ein Gegensatz sind

Freitag, 10. 8. 2018, Kolpinghaus Limburg

Wie kann Sicherheit bestmöglich gewährleistet werden, ohne dabei unnötig Ängste zu schüren oder Menschen unter Generalverdacht zu stellen? Wie kann Sicherheit richtig organisiert werden? Wo muss der Rechtsstaat konsequent einschreiten, wo müssen Sicherheitskonzepte zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ggf. überarbeitet und angepasst werden und wo können Überwachungsmaßnahmen auch zu einer ungerechtfertigten Einschränkung von Freiheitsrechten führen?

Diese zentralen Fragen standen im Mittelpunkt einer Diskussionsveranstaltung zu der die Karl-Hermann-Flach-Stiftung und die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ins Kolpinghaus Limburg eingeladen hatten.

Marion Schardt-Sauer, Mitglied im Vorstand der Karl-Hermann-Flach-Stiftung, machte während ihrer Begrüßung deutlich, welch hohen Stellenwert Themen wie dieses im Rahmen der Bildungsarbeit der Stiftungen einnehmen und führte damit auch gleich zu einem zentralen Punkt, der im Verlauf des Abends immer deutlicher wurde:

Freiheit und Sicherheit sind kein Gegensatz. Wo sich Menschen sicher fühlen, können sie auch frei sein. Darin waren sich auch die Referenten einig.

Wie es um das subjektive Sicherheitsgefühl bestellt ist und welche Wahrnehmung der Einzelne hier hat – dieser Punkt wurde im Rahmen der Impulsvorträge und der anschließenden Diskussion aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet.

Prof. Dr. Britta Bannenberg, Professorin für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug an der Justus-Liebig-Universität Gießen machte zu Beginn ihres Vortrags deutlich, dass die Kommunen viel dafür tun könnten, um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Sie sollten mehr auf die Bürger hören. Auch kämen etliche Strafverfahren durch Bürger zustande, die Anzeige erstatten. Das persönliche Empfinden von Sicherheit sei weiterhin von großer Bedeutung.

Dieser Aussage schloss sich auch Prof. Dr. Gerhard Schmelz, Professor für Kriminalwissenschaften an der Hessi-



V. l. n. r.: Jörg Bruchmüller, Prof. Dr. Britta Bannenberg, Prof. Dr. Gerhard Schmelz, Sylvia Kuck HR

schen Hochschule für Polizei und Verwaltung, Fachbereich Polizei, an. Er betonte, wie wichtig es sei, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ernst zu nehmen und erläuterte das Problem der „Angsträume“ und das „Vermeidungsverhalten“ der Bürger, also bestimmte Orte, an denen man sich unsicher fühle, gar nicht erst aufzusuchen. Man dürfe sich über diese Ängste nicht hinwegsetzen oder diese gar als unbegründet einstufen.

Schmelz führte dabei die Ergebnisse einer Umfrage an, die er zusammen mit Studierenden der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung, Fachbereich Polizei, unter Limburger Bürgern durchgeführt hatte. Nach deren Auswertungen seien über 60 Prozent der Befragten der Auffassung, dass sich das Sicherheitsgefühl in Limburg in den vergangenen fünf Jahren verschlechtert habe.



Jörg Bruchmüller bei seinem Vortrag

Jörg Bruchmüller, Erster Polizeihauptkommissar und Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP), beschrieb „Sicherheit“ in seinen Ausführungen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Entscheidender Faktor zur Bewältigung dieser Aufgabe sei dabei auch das Verhältnis der Bevölkerung zur Polizei, das durch Vertrauen geprägt sein sollte. Bezug nahm er dabei auch auf die gestiegenen Herausforderungen für die Polizei, wie z.B. auf die Bedarfszunahme speziell ausgebildeter Polizeikräfte und den allgemeinen Personalmangel. Sicherheit dürfe es auch nicht nach „Kassenlage“ geben, so Bruchmüller. Auch wenn Limburg sicher nicht das „Chicago Hessens“ sei, zeigte er Verständnis für den Wunsch der Bürger nach teilweise stärkerer Polizeipräsenz.

Die anschließende Diskussion, moderiert durch die Journalistin und Redakteurin Sylvia Kuck, HR-Info, drehte sich vor allem um das grundsätzliche Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit. Ausgehend vom Beispiel Limburg, ging es dabei im Dialog mit den Teilnehmern insbesondere um die Frage, wie das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger erhöht werden kann ohne dabei Freiheitsrechte einzuschränken. Dabei wurde klar zum Ausdruck gemacht: Diese Aufgabe kann nicht allein durch konsequente Polizeiarbeit bewältigt werden, sondern nur im Zusammenwirken von Polizei, Kommunen und Bürgern, ergänzt durch eine handlungsfähige Justiz, die Straffälle zeitnah aufarbeiten kann.

Text: Cornelia Holtmann und  
Fotos: Frank F. König



# Sinn und Zweck von Gewerkschaften

Ein Blick über den Tellerrand lohnt sich. Auch wenn unsere Mitgliederzahlen aktuell steigen, ist die Mitgliederanzahl aller acht DGB-Gewerkschaften zusammen im letzten Jahr erstmalig unter die Sechsmillionen-Marke gesunken. Das betrachte ich mit gewisser Sorge.

Gewerkschaften haben heute nicht an Wichtigkeit verloren – ganz im Gegenteil. Gerade in einer sich immer schneller wandelnden und zunehmend digitalen, global vernetzten Arbeitswelt braucht es starke und verlässliche Partner an der Seite von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Seit seiner Gründung 1949 ist der Deutsche Gewerkschaftsbund dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet. Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft war und ist für die deutschen Gewerkschaften eine der wichtigsten Lehren aus der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft: Freie und demokratische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind nur stark, wenn sie zusammenstehen!

Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei zu sein, ist mehr als das Erhalten von Werbegeschenken. Ebenso sind wir kein Versicherungsunternehmen – auch wenn Versicherungen ein wichtiger Bestandteil unserer Mitgliedschaft sind und gerade für Polizeibeamtinnen und -beamten von hoher Bedeutung sein dürften, um für den Fall der Fälle optimal ab-



**Christoph Möhring**

gesichert zu sein. Die Idee von Gewerkschaften ist aber eine andere: Wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder und der arbeitenden Bevölkerung gegenüber den Arbeitgebern und der Politik – für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung und höhere Löhne. Die Gewerkschaft der Polizei steht für eine bürgernahe Polizei, die sich als Teil der gesamten Arbeitnehmererschaft versteht. Das heißt auch, dass wir uns mit Themen auseinandersetzen, die auf den ersten Blick nicht unbedingt als polizeitypisch wahrgenommen werden. Dass wir uns gemeinsam mit unseren Schwestergewerkschaften unter dem Dach des DGB für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten einsetzen, ist daher folgerichtig.

Aktuelle Zahlen zeigen beispielhaft, wie gravierend sich Bedingungen für Arbeitnehmer entwickeln können. Das Ergebnis einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung zeigt ganz aktuell: Die betriebliche

Mitbestimmung schützt immer weniger Beschäftigte. Hatten 2002 noch 11% aller Betriebe einen Betriebsrat, waren es 2017 nur noch 9%. Besonders dramatisch ist die Situation im Bau- und Gastgewerbe. Hier geht es uns als Polizeibeschäftigte deutlich besser. Aber begegnet uns allen das Bau- und Gastgewerbe nicht regelmäßig in der Freizeit? Während dank des Online-Handels die Branche der Kurier- Express-Dienste boomt, sieht es mit den Arbeitsbedingungen in der Branche alles andere als gut aus: Die Löhne sind seit 2008 sogar um über 400 € oder 15,5% zurückgegangen. Unsere Kolleginnen und Kollegen von der Autobahnpolizei und den Verkehrsdiensten können sicherlich ein Lied von den teilweise menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen der Fahrer singen. Menschenunwürdige Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Logistikbranche – auf den ersten Blick auch kein Polizeithema. Aus den Zuständen resultierende alarmierende Unfallzahlen auf unseren Straßen haben aus meiner Sicht sehr wohl etwas mit der öffentlichen Sicherheit zu tun!

Psychische Belastungen machen krank! Aktuell sich veröffentlichte Zahlen der Bundesregierung zeigen, es gibt einen immensen Anstieg von Erkrankungen, die auf psychische Belastungen am Arbeitsplatz zurückzuführen sind. Gab es 2012 noch 20 Millionen Fehltage von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit einer entsprechenden Diagnose, sind es 2016 bereits 30 Millionen gewesen.

Themen, die auf den ersten Blick nicht polizeitypisch erscheinen, die exemplarisch sehr wohl zeigen, welche großen Aufgaben für Gewerkschaften bestehen. Und dazu gehören auch unsere klassischen Polizeithemen wie z. B. Überstundenberge, Personalknappheit, Beförderungsstau und die ausbleibenden deutlichen Lohnsteigerungen. Fazit: Es eint uns alle das gewerkschaftliche Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu verbessern.

**Christoph Möhring,**  
stellv. Bezirksgruppenvorsitzender  
GdP NH



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

**Geschäftsstelle:**  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 99 22 7-0  
Telefax (06 11) 99 22 7-27  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Markus Hüschentt (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZIELITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 1. Januar 2018

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446





## SEMINAR

# Improvisation – Begegnung mit dem Ungewissen

„UNFASSBAR!!! Sie müssen sich mal vorstellen, was mir passiert ist!“, herrschte eine ältere Dame mich und die anderen wartenden Passagiere der Nerobergbahn in Wiesbaden an, bevor sie einen minutenlangen Monolog über ihre zweifelhaften Bahnerlebnisse der ICE-Reise München–Dortmund detailliert darlegte.

So plötzlich wie sie erschien, ging sie auch – ohne Tagesgruß – weiter und ließ uns ratlos zurück. Ich schaute mich um und mir fielen die T-Shirts meiner ebenfalls verstörten Mitreisenden auf: Farbe: eher „knallorange“. „Impro-Theater-Sommer – Für Garderobe keine Haftung“, stand auf der Brust.

„War die eine von euch?“, fragte ich augenzwinkernd. Ich erntete Kopfschütteln. Also musste sich die ältere Dame, ihrem Mitteilungsbedürfnis folgend, ausgerechnet uns als Opfer ausgesucht haben?! Das schweißte uns irgendwie zusammen. In dem folgenden Smalltalk erfuhr ich auf der kurzen Tal-fahrt einiges über Improvisationstheater, das Team, den Impro-Sommer und Theaterseminare.

Der Gedanke reifte etwas in mir und ich wandte mich an Peter Wittig, mit der Idee, solch ein Seminar für die GdP auszuprobieren! Beseelt von der Idee, mit dem Thema Empathie und Kommunikation einmal ganz anders umzugehen als bisher, waren wir uns schnell einig, es zu versuchen! Nach der erforderlichen Gremienarbeit, der inhaltlichen Seminarplanung und der Ausschreibung begann

das auf drei Tage ausgelegte Seminar mit einer zweitägigen Veranstaltung am 5. 6. 2018 im Wilhelm-Kempf-Haus in Wiesbaden-Naurod. Erwartungen gab es keine, Neugier dafür umso mehr!

Irritation oder Inspiration? Schnell merkten wir, dieses Seminar wird anders. Um in Improvisation einzusteigen, brauchten wir einen gemeinsamen „Flow“. Adriano Werner vom Ensemble des Improtheaters gab uns diesen „Flow“, den wir brauchten, um kreativ zu sein und eine „gemeinsame Welt“ zu erschaffen.

Auch musste die Kreativität zunächst durch Assoziationsübungen beflügelt werden. Der Einstieg war anspruchsvoll, aber er gelang. So merkte jeder, dass etwas passierte. Alle öffneten sich und befreiten sich vom Alltag, ihren Gedanken und waren im Moment. Einige der Teilnehmer kannten sich bereits – sehr viele unterschiedliche Persönlichkeiten: extrovertiert, ruhig, offen oder zurückhaltend.

Aber eine gemeinsame „Ja, genau, und ...“-Grundeinstellung war der Schlüssel, Ideen anderer aufzunehmen und weiterzuentwickeln.

Kein „Ja, aber ...“ oder „Nein, weil ...“ oder „Hatten wir schon früher gemacht, ist schlecht...“ – Sätze, die jeder von uns von Meetings oder Mitarbeitergesprächen kennt. Wir lernten, einander zuzuhören, uns in den anderen hineinzufühlen, eine gemeinsame Welt zu erschaffen und kreative Ideen weiterzuentwickeln.

So entstanden schon sehr bald die ersten wunderbaren improvisierten Geschichten, von denen die Szene aus dem Feenwald, deren Bewohner vom Schnakenmann bedroht werden, mir lange in Erinnerung bleiben wird. Aber nicht alles klappte. Es ist schwer, die eigenen Ideen loszulassen und die Idee des Partners anzunehmen: Wenn man selbst pantomimisch zu Beginn einen Strandbesucher spielt, mit Handtuch, Sonnencreme und allem Drum und Dran und der beginnende Partner spricht einen dann als Brötchen backenden Bäcker an (pantomimische Fehlinterpretation?), dann darf man nicht auf seine eigene Idee pochen, sondern muss die Sonnencreme in Schokoguss verwandeln!

Und weiterspielen! Es hat etwas Demütiges und Wertschätzendes, sein eigenes Ego bzw. seine Ideen zurückzustellen und für die Geschichte die Ideen anderer aufzugreifen. Aufgrund der vielen Übungen und eben der improvisierten Situationen und Geschichten lernten wir, dem jeweils anderen zuzuhören und uns in ihn hineinzufühlen. Die eigene Idee im Kopf hintanzustellen und die Idee des vorherigen Mitspielers fortzuführen und aufzunehmen, war nicht immer einfach, gelang aber im Fortgang des Seminars immer besser. Hieran kann jeder von uns im Dienst anknüpfen, sei es bei Besprechungen, AGen oder auch den täglichen Einsätzen. Sich darauf einlassen, ist der Schlüssel ... eben das „Ja, genau und ...“.

Im weiteren Verlauf festigten wir die erworbenen Erkenntnisse durch verschiedene Improvisationsmethoden, wie der „Typewriter“, der als Erzähler die Geschichte für die Darstellenden bestimmt, oder die Schauspielübung „Baum“, bei der man Gegenstände oder Emotionen darstellt. Das Feedback der Teilnehmer war am Ende sehr positiv. Es war klar, dass die Erkenntnisse vertieft werden mussten. Also wurde dies am dritten Seminartag, am 3. 8. 2018 im Gartenhaus in Wiesbaden fortgesetzt. Dort traf sich ein Großteil der Gruppe des ersten Seminars wieder.

Es beehrte uns diesmal Stefanie (Steffi) Petereit vom Ensemble und, was sollen wir sagen, wir bauten tatsächlich spielerisch auf dem Gelernten auf, was



Die Teilnehmer des Seminars mit dem Improvisationstheater

Fortsetzung auf Seite 8



# Rückkehr eines Klassikers – die Cops-After-Work-Party in Wiesbaden

Am 16. 8. 2018 fand die Cops-After-Work-Party der JUNGEN GRUPPE als Bootstour statt. Diese wurde nach etwa dreijähriger Pause erstmals wieder in Wiesbaden durchgeführt.

Erstmals wurde das Event auf dem Rhein in Form einer Kooperation mit den Landesbezirken Rheinland-Pfalz und BKA durchgeführt.

Das Partyboot legte wie gewohnt in Mainz-Kastel ab und schipperte für ca. vier Stunden den Rhein auf und ab.

Die Veranstaltung war gut besucht – vor allem die Fotobox an Bord sorgte für gute Laune und lustige Momente.

Neben unseren Mitgliedern aus den Landesbezirken Hessen, RLP und BKA war die Veranstaltung grds. auch für Nichtmitglieder offen.

Insgesamt nahmen über 200 Personen an der Veranstaltung teil, womit es sich um die bisher erfolgreichste Bootstour der JUNGEN GRUPPE Hessen handelt!

**Marcel Müller,**  
Landesjugendvorsitzender GdP Hessen

Fortsetzung von Seite 7

Adriano uns ein paar Wochen zuvor vermittelt hat.

Der Schwerpunkt lag darauf, die erlernten Methoden nun darstellerisch anzuwenden. Schnell waren wir wieder im „Flow“ und arbeiteten intensiv bis zur hitzebedingten Erschöpfung. Der krönende Abschluss war ein Besuch beim Impro-Sommer auf dem Neroberg. Wie sollte es auch anders sein, es wurde ein Kriminalfall (Mord), vom Ensemble improvisiert, bei dem das Publikum die Umgebung, Namen und eben auch vorgibt, wie gemordet wird.

Alles in allem war dies in der Tat ein außergewöhnliches Seminar, welches uns allerlei Werkzeuge, insbesondere für den beruflichen, aber auch gewerkschaftlichen Alltag an die Hand gab.

Nämlich die eigenen Ideen ein Stück weit loszulassen und sich auf die Ideen anderer einzulassen, aktiv zuzuhören und im Moment zu sein. All das Erlebte hat uns und auch alle Teilnehmer verändert, aber eine Ungewissheit bleibt dennoch:



War die ältere Dame nicht doch vom Improvisationstheater?!

Über eines waren wir uns aber alle einig, dieses Seminar muss unbedingt

in das Seminarprogramm der GdP Hessen aufgenommen werden.

**Katja (Kate) Hünecke/  
Sebastian Schubert**

